



II-403 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

z1. 410.140/117-IV/1/83

Wien, am 9. September 1983

177/AB

Herrn

Präsident des Nationalrates
Anton BENYA

1983-09-15
zu 179/J

1010 Wien

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Adolf CZETTEL, Herbert EGG, Dr. Peter JANKOWITSCH und Genossen haben am 22. Juli 1983 unter der Nr. 179/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Österreichische Initiative zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Rahmen der OECD an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten der OECD, als Forum für konzentrierte Aktionen der westlichen Industriestaaten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im globalen wie im nationalen Ausmaß insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit zu dienen?**
- 2. Wurden von Österreich in dieser Frage im Rahmen seiner Mitarbeit in der OECD bereits entsprechende Akzente gesetzt?**
- 3. Planen Sie für die nächste Zukunft weitere Österreichische Initiativen durch die die Rolle der OECD bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten gestärkt werden kann?**

./2

- 2 -

4. Wie haben sich die übrigen Mitgliedsstaaten der OECD zu solchen Initiativen bisher verhalten bzw. mit welchen anderen Mitgliedsstaaten erscheint eine solche Zusammenarbeit im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders aussichtsreich?"

Ich beeohre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die österreichische Bundesregierung hat bereits den ersten Anzeichen der krisenhaften Entwicklung am Arbeitsmarkt im allgemeinen und im Bereich der jungen Menschen im besonderen größte Aufmerksamkeit gewidmet und Österreich nimmt dank dieser konsequent betriebenen Beschäftigungspolitik im internationalen Vergleich eine äußerst günstige Position ein. Die Arbeitslosenrate der jungen Menschen bis 25 Jahre bewegte sich in Österreich regelmäßig in der Größenordnung der - international gesehen - äußerst niedrigen Gesamtarbeitslosenrate und sank Ende Juni des laufenden Jahres mit 2,9 % sogar deutlich unter die allgemeine Arbeitslosenrate von 3,2 % ab.

Österreich hat angesichts des weltweiten Charakters dieses Problems auch im Rahmen der OECD sehr frühzeitig eine entsprechend stärkere Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit in den markroökonomischen Überlegungen der Organisation mit großem Nachdruck gefordert, wobei es auch die Unterstützung verschiedener anderer Mitgliedsländer fand.

Zu Frage 1:

Artikel 1a des OECD-Übereinkommens setzt als Ziel der Organisation fest, eine Politik zu fördern, die darauf gerichtet ist, in den Mitgliedsstaaten unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen.

Im Rahmen ihrer Gesamtstrategie hat daher die OECD dem Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stets besonderes Augenmerk gewidmet. Bei der letzten Tagung des OECD-Ministerrates vom Mai 1983 stimmten die Minister überein, daß in den OECD-Ländern nunmehr ein stärkeres, dauerhaftes und inflationsneutrales Wachstum angestrebt werden muß, um die gegenwärtig sehr hohe Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die OECD bietet daher sicherlich ein äußerst nützliches Gesprächsforum für die Behandlung der Probleme der Arbeitslosigkeit. Das OECD-Arbeitskräftekomitee hat in der Vergangenheit wiederholt in den von ihm erarbeiteten Dokumenten Schlußfolgerungen gezogen, die in Richtung einer stärker auf das Beschäftigungsziel orientierten Politik gegangen sind.

Im Jahre 1977, mitten in der Periode der weltweiten Krise, zu einem Zeitpunkt als die Arbeitslosenziffern erst begannen, signifikante Wachstumsraten aufzuweisen, hat sich die OECD bereits in eingehender Weise des Problems der wirtschaftlichen Ursachen und langfristigen Folgen der steigenden Arbeitslosigkeit im allgemeinen und der Jugendarbeitslosigkeit im besonderen angenommen. Es wurde erstmals eine detaillierte Analyse der Situation in den Mitgliedsländern unternommen, welche der im selben Jahr stattgefundenen hochrangigen OECD-Konferenz zum Thema "Jugendarbeitslosigkeit" als Arbeitspapier zugrunde gelegt wurde.

In der Folge wurde von der OECD - im Sinne der bei der genannten Konferenz erzielten Ergebnisse - ein Arbeitsprogramm betreffend Fragen der Jugendarbeitslosigkeit erstellt, dessen Durchführung dem zuständigen Komitee für Arbeitskräfte und Sozialfragen übertragen wurde, in welchem Österreich nicht zuletzt durch Entsendung von Experten aus dem Bundesministerium für soziale Verwaltung aktiv mitarbeitet. Schon im Jahre 1979 wurde vom genannten OECD-Komitee ein weiterer "Diagnosebericht"

zu diesem Fragenkomplex fertiggestellt, welcher 1980 unter dem Titel: "OECD-youth unemployment: the cases and consequences" publiziert wurde und eine wertvolle Informations- und Entscheidungshilfe bei der Durchführung politischer Maßnahmen bildet.

Im März 1982 trat das Komitee für Arbeitskräfte und soziale Fragen - vor dem Hintergrund eines Arbeitslosenheeres von 28 1/2 Millionen Beschäftigungssuchenden im OECD-Raum - auf der Ebene der verantwortlichen Arbeits- und Sozialminister zu einem Meinungs- und Informationsaustausch über das Problem der Arbeitslosigkeit mit dem Ziele zusammen, gemeinsame Strategien zur Verbesserung der Wechselbeziehungen zwischen Sozial-, Wirtschaft-, und Arbeitsmarktpolitik zu erarbeiten.

Dabei brachten die anwesenden Minister ihre tiefe Besorgnis über die menschlichen und sozialen Konsequenzen der außerordentlichen Wirtschafts- und Sozialprobleme aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck und unterstrichen ihre Entschlossenheit, dieses Problem mit Nachdruck auf kurze und mittlere Sicht zu bekämpfen und sowohl eine beschleunigte Schaffung von Arbeitsplätzen in verschiedenen Wirtschaftssektoren zu unterstützen, als auch eine ausgewogenere Verteilung der Arbeitsplätze auf die Erwerbsbevölkerung zu fördern. In diesem Zusammenhang wurde von den Arbeits- und Sozialministern hervorgehoben, daß diese Bemühungen nur im Rahmen einer aktiven internationalen Zusammenarbeit durchgeführt werden könnten, wobei Übereinstimmung darüber herrschte, daß die OECD ein adäquates Koordinationsforum für diese Aufgabe darstellt.

In den Fragen der eigentlichen Arbeitsmarktpolitik wirkt die OECD schon seit vielen Jahren als das wichtigste Gremium für die Diskussion und Entwicklung neuer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, des Austausches von Erfahrungen mit arbeitsmarktpolitischen Programmen und hat damit die österreichische Arbeitsmarktpolitik wesentlich befruchtet.

- 5 -

Im Augenblick laufen wichtige Arbeiten im Bereich des OECD-Arbeitskräftekomitees auf dem Gebiet der Jugendbeschäftigungspolitik, wozu ein Bericht über mögliche Maßnahmen bald erscheinen wird. Eine wesentliche Rolle in dieser Arbeit spielt die Diskussion des dualen Ausbildungssystems, wobei versucht wird, die österreichischen Erfahrungen auf diesem Gebiet einzubringen.

Gegenwärtig von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die geplante Konferenz über Beschäftigungswachstum und Strukturwandel zur Jahreswende, eine Fachtagung, an der aber auch mehrere Arbeitsminister teilnehmen werden. Auf dieser Tagung sollen folgende Aspekte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erörtert werden:

1. Beschäftigungseffekte von technologischem Wandel
2. Änderungen in der Handelspolitik und Beschäftigung
3. Möglichkeiten beschäftigungsintensiver Strategien des Wirtschaftswachstums
4. Arbeitszeit und Beschäftigung

Dieses Seminar wird wahrscheinlich besonders gut geeignet sein, um neuerlich auf hoher politischer Ebene, unterstützt von entsprechenden wissenschaftlichen und empirischen Arbeiten, die Frage einer international abgestimmten Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzuwerfen. Fragen, in denen dies von besonderer Bedeutung ist und möglicherweise auch eine gewisse Aussicht auf Erfolg besteht, scheinen gegenwärtig die Arbeitszeit und die beschäftigungsorientierte Technologiepolitik zu sein.

Zu Frage 2:

Im Rahmen des OECD-Arbeitskräfte- und Sozialkomitees wurden in der jüngsten Vergangenheit Akzente in Richtung konzentrierter Aktionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wiederholt gesetzt:

Österreich war maßgeblich an der Vorbereitung der erwähnten Arbeitsministertagung im März 1982 beteiligt und trug unter

anderem dadurch zu einem relativ erfolgreichen Verlauf dieser Konferenz bei, indem es Treffen mit Vertretern aus einer ähnlichen Strategie verpflichteten Mitgliedsstaaten zur Vorbereitung der Arbeitsministerkonferenz organisierte. Bundesminister Dallinger hat anlässlich dieser Konferenz die österreichische Haltung erläutert und in Absprache mit befreundeten Ministern aus Ländern mit einer ähnlichen Interessenslage auf das Ergebnis entsprechend Einfluß genommen, was sich im weiteren Arbeitsprogramm der OECD wiederspiegelt.

Der Herr Bundesminister hatte in seinen Interventionen auch eine kritische Überprüfung der nationalen Maßnahmen in Richtung eines Vorranges für die Beschäftigungspolitik gefordert und in diesem Zusammenhang auf die guten Erfahrungen des österreichischen Systems der Sozialpartnerschaft verwiesen. Die Tatsache der geringen Jugendarbeitslosigkeit, welche von Minister Dallinger nicht zuletzt auf das duale Berufsausbildungssystem zurückgeführt wurde, dessen Grundlage die Überinstimmung von Regierung und Sozialpartnern hinsichtlich der Sicherung der Arbeitsplätze insbesondere auch für junge Menschen darstellt, war von mehreren Sitzungsteilnehmern besonders gewürdigt worden und wie die geringe Arbeitslosenrate auf allgemeine Beachtung gestoßen.

Ähnlich ist die Rolle der österreichischen Vertreter hinsichtlich der gegenwärtig in Vorbereitung stehenden Fachkonferenz über Beschäftigungswachstum und Strukturwandel. Ferner wird versucht, Fragen der Arbeitszeitpolitik in der Arbeit der OECD entsprechenden Platz zu geben und immer wieder die Idee der internationalen Abstimmung in die Diskussion einzubringen. Ein weiteres von Österreich immer wieder sehr unterstütztes Projekt beschäftigt sich mit neuen Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung, wobei im Rahmen eines Sonderprojektes der OECD (Sonderfinanzierungsbeitrag Österreichs!) neue Formen der Arbeitsbeschaffung in den Mitgliedsstaaten diskutiert und evaluiert werden. Im Zusammenhang mit der erwähnten Fachkonferenz

- 7 -

wird weiters versucht, Fragen der Technologieentwicklung im Kontext der Beschäftigungspolitik in der OECD mehr Bedeutung zu geben. Im Bereich der Jugendbeschäftigungspolitik konzentriert sich Österreichs Funktion gegenwärtig noch auf das Einbringen der Österreichischen Erfahrungen, die doch angesichts der zwar angestiegenen aber vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit von großem Interesse für die Organisation sind. Dabei geht es sicherlich zu einem wichtigen Teil um die Präsentation des nationalen Anliegens "Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit" in Österreich.

Zu Frage 3:

Die Beschäftigungssituation hat sich in jüngster Zeit zunehmend verschlechtert. Die Arbeitslosenrate war im OECD-Raum bis Dezember 1982 auf 8,8 % gestiegen und wird sich auch im Laufe des Jahres 1983 weiter erhöhen, sollte sich aber nach den Projektionen des OECD-Sekretariates ab der zweiten Jahreshälfte auf einem Niveau von etwa 9 1/2 % einpendeln. Das entspricht einem Arbeitslosenheer in den OECD-Staaten von nahezu 35 Millionen oder 3 Millionen mehr als Ende 1982.

Die Entwicklung in Europa lässt noch immer keine Trendwende, nicht einmal eine Stabilisierung auf dem gegenwärtigen Beschäftigungsniveau erkennen, zumal die OECD-Prognosen einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenrate von Ende 1982 bis Ende 1984 von 9,8 % auf fast 11,8 % oder eine Zunahme der Arbeitslosen von 16,5 Millionen auf 20 Millionen, also eine zusätzliche Erhöhung um 3,5 Millionen Menschen ohne Beschäftigung in 2 Jahren erwarten lassen.

Angesichts dieser weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in Europa unternimmt die OECD zur Zeit eine umfassende Studie über die einschlägigen Erfahrungen der Mitgliedsländer und mögliche politische Strukturverbesserungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

- 8 -

Darüber hinaus wird sich die Arbeit der OECD auf die nachfolgend beschäftigungspolitisch relevanten Fragen konzentrieren:

- Effektivität und Effizienz gezielter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen,
- Mögliches Aktionsprogramm für örtliche Initiativen zur Arbeitsplatzbeschaffung,
- Erfahrungen und künftige politische Alternativen zur Bewältigung der die Jugendlichen betreffenden Arbeitsmarktprobleme,
- Maßnahmen zur Förderung des Eintritts der Frauen in die Erwerbsbevölkerung,
- Methoden der Arbeitszeitverkürzung und deren wirtschaftliche und soziale Konsequenzen.

Dieses Arbeitsprogramm, an dem sich Österreich wie bisher aktiv beteiligen wird, soll insbesondere auch auf dem Gebiet der Jugendarbeitslosigkeit zur Erarbeitung eines praxisbezogenen Maßnahmenkatalogs führen, der den gegenüber den 70er Jahren veränderten Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Zu Frage 4:

Auch wenn die Auffassungen der OECD-Mitgliedsstaaten aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen und Interessenslagen nicht immer übereinstimmen, so hat doch die Erfahrung die Möglichkeit einer entsprechenden Einflußnahme auf das Arbeitsprogramm der Organisation unter Beweis gestellt, soferne Initiativen in Übereinstimmung mit einer Anzahl von Ländern mit ähnlichen politischen Vorstellungen und gleicher Lage vorgebracht werden. Die OECD als Instrument der industriellen parlamentarischen Demokratien des Westens zur Planung und Abstimmung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in ihren Ländern stellt daher zweifellos den geeigneten institutionellen Rahmen für die internationale Erörterung einer eventuellen gemeinsamen Vorgangsweise bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar.

- 9 -

Im Bereich des OECD-Arbeitskräftekomitees waren Frankreich, Kanada und Schweden (seit dem Regierungswechsel) besonders aktiv bemüht, Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzubringen und zu unterstützen. Finnland, Griechenland, Belgien, Dänemark (bis zum jüngsten Regierungswechsel), in der jüngsten Zeit auch Spanien sind im allgemeinen solchen Initiativen gegenüber sehr aufgeschlossen - teilweise auch die Niederlande, Portugal und Irland (vor allem, was die Jugendbeschäftigungspolitik betrifft). Mit einigen der erwähnten Staaten gibt es sowohl auf Ministerebene als auch auf der Ebene der Vertreter in Komitees und Arbeitsgruppen gute Zusammenarbeit. Als nützlich und positiv sind auch die bisherigen Beiträge der Vertreter des zuständigen EG-Kommissars, Richards, zu erwähnen.

hinenow